



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung  
und Rechtsfragen / Vergabe /  
Internationales**

Frau Stiens

Telefon: (0221) 22125001

Fax: (0221) 22126565

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 02.01.2013

## Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 10.12.2012, 14:35 Uhr bis 16:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	ab 15.30 Uhr
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	ab 15.20 Uhr
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Manfred Richter	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Herr Ulrich Breite	FDP	i.V. für Herrn Görzel
Herr Karel Schiele	PRO KÖLN	i.V. für Herrn Maul

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein auf Vorschlag der SPD

Frau Iris Koppmann auf Vorschlag der SPD

Herr Oliver Krems	SPD	ab 15.00 Uhr
Herr Axel Hopfau	auf Vorschlag der CDU	
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	ab 15.35 Uhr
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN	
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	
Herr Rüdiger Dröger	FDP	

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Markus Danuser KLuST e.V.

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN	ab 15.25 Uhr
Herr Nijat Bakis	Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE	

**Entschuldigt fehlen:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Frank Maul	PRO KÖLN
Herr Volker Görzel	FDP

**Verwaltung**

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen  
Herr Ingo Fleischer  
Herr Peter Musiala  
Frau Ursula Herx  
Herr Robert Kilp  
Herr Hans-Joachim Mohr  
Herr Frieder Wolf

**Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Christine Kronenberg

**Schriftführerin**

Frau Verena Stiens

**Presse**

**Zuschauer**

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden und trägt die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

## I. Öffentlicher Teil

- 1.2 Jährlicher Bericht über die Umsetzung des 4. Frauenförderplanes (FFP)  
4284/2012
- 2.1 Absichtserklärung zum EU-Projekt "Daguerreobase"  
4345/2012
- 3.3 Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch den Verzicht auf die Ausbildung in  
marktgängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten  
4352/2012
- 4.5 Brüsseler Platz - Jahresbilanz 2012  
4342/2012
- 4.6 Kölner Statistische Nachrichten 4/2012  
"Zum Sicherheitsempfinden der Kölner Bevölkerung"  
4299/2012
- 4.7 Auftaktveranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge " Die Zukunft der  
kommunalen Daseinsvorsorge in der Metropolregion Köln", 18. Januar 2013  
4381/2012
- 4.8 Personalstatistik der Stadtverwaltung zum 30.06.2012  
2875/2012
- 4.9 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011  
4282/2012
- 4.10 Personelle Ressourcen stärken - DiversityManagement für die Stadt Köln  
4487/2012
- 6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 28.11.2012  
Entwicklung der Mobilfunkkosten  
AN/1887/2012
- 10.6.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)  
4218/2012
- 10.7 Neues Übergangssystem Schule - Beruf / Kommunale Koordinierung  
4179/2012
- 10.8 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenrei-  
nigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)  
3999/2012
- 10.9 3. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielver-  
gnügens an Geldspielgeräten  
3778/2012

- 10.10 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010  
4301/2012

## II. Nichtöffentlicher Teil

- 12.2 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2011  
2505/2012
- 16.7 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Bedarfs- und Glasreinigung in den Objekten der Bühnen der Stadt Köln  
4247/2012
- 16.8 Erhebung einer Schadensersatzklage  
4274/2012
- 16.9 Erneuerung des Microsoft APA/ EAP-Software-Vertrages zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie  
3700/2012
- 16.10 DOI-Verwaltungsnetzwerk Verlängerung des Beitrittes zum Rahmenvertrag  
3910/2012
- 16.11 Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln am 03.03.2009; Erweiterung der selbständigen Beweisverfahren zur Schadensursache und zur Schadenshöhe auf weitere potentielle Verursacher des Archiveinsturzes  
4371/2012

Herr Wolter schlägt vor, TOP 12.2 als TOP 4.11 im Öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Herr Breite schlägt zudem vor, TOP 16.1 bis 16.4 "Wahl von Schiedspersonen" aufgrund des besonderen Aufgabengebietes ebenfalls im Öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln und ergänzt, so werde auch in anderen Kommunen verfahren.

Frau Herx bittet um Beachtung, es bestehe die Möglichkeit, dass die vorgeschlagenen Personen den Ausschussmitgliedern persönlich bekannt sein könnten. Sie fügt hinzu, eventuell geäußerte Zweifel und Bedenken sollten zum Schutze der Personen nicht öffentlich ausgetragen werden und bittet daher, die Tagesordnungspunkte wie vorgesehen im Nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Herr Granitzka bittet die Verwaltung, diese Fragestellung für die Zukunft jedoch noch einmal verwaltungsintern zu prüfen.

Der Ausschuss ist mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

- 1.1 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Frauenförderpläne (FFP) in städtischen und stadtnahen Gesellschaften (AN/1534/2012)  
3806/2012
- 1.2 Jährlicher Bericht über die Umsetzung des 4. Frauenförderplanes (FFP)  
4284/2012

#### **2 Internationales**

- 2.1 Absichtserklärung zum EU-Projekt "Daguerreobase"  
4345/2012

#### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012  
Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen  
3694/2012
- 3.2 Beantwortung der Anfrage von Herrn Detjen aus der Sitzung des AVR vom 10.09.2012 zu TOP 7.2  
Datenhandel der Stadt Köln  
4160/2012
- 3.3 Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch den Verzicht auf die Ausbildung in marktgängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten  
4352/2012

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 Örtlicher Ausschuss "Sport und Sicherheit" in Köln  
3786/2012
- 4.2 Optimierung der Öffnungszeiten des Kundenzentrums Innenstadt und der Servicezentren  
3059/2012
- 4.3 Sachstand der Bewerbung um die Top-Level-Domains .koeln und .cologne  
3843/2012
- 4.4 StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum  
hier: Abschlussbericht zum Feldversuch  
3971/2012

- 4.5 Brüsseler Platz - Jahresbilanz 2012  
4342/2012
- 4.6 Kölner Statistische Nachrichten 4/2012  
"Zum Sicherheitsempfinden der Kölner Bevölkerung"  
4299/2012
- 4.7 Auftaktveranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge " Die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge in der Metropolregion Köln", 18. Januar 2013  
4381/2012
- 4.8 Personalstatistik der Stadtverwaltung zum 30.06.2012  
2875/2012
- 4.9 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011  
4282/2012
- 4.10 Personelle Ressourcen stärken - DiversityManagement für die Stadt Köln  
4487/2012
- 4.11 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2011  
2505/2012
- 5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**
- 6 Schriftliche Anfragen**
- 6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 28.11.2012  
Entwicklung der Mobilfunkkosten  
AN/1887/2012
- 7 Mündliche Anfragen**
- 7.1 Nachfrage von Frau dos Santos Herrmann zu der Aufstellung von Altkleidercontainern durch die AWB
- 7.2 Rückfrage von Herrn Detjen zur "Papierlosen Ratssitzung"
- 8 Anträge**
- 9 Platzvergaben**
- 9.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2013  
4013/2012

## **10 Allgemeine Vorlagen**

- 10.1 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)  
hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011  
2952/2012
- 10.2 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität  
1199/2012
- 10.3 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen  
0321/2012
- 10.4 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013- 31.12.2014  
3223/2012
- 10.5 IV-Verfahren zur Beitragssachbearbeitung  
3991/2012
- 10.6 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln  
3732/2012
- 10.6.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)  
4218/2012
- 10.7 Neues Übergangssystem Schule - Beruf / Kommunale Koordinierung  
4179/2012
- 10.8 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)  
3999/2012
- 10.9 3. Satzung zur Änderung der rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten  
3778/2012
- 10.10 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010  
4301/2012

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

### **12 Mitteilungen der Verwaltung**

12.1 Bericht über die Abwicklung von Rechtsstreitigkeiten, zu denen der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales gemäß § 10 der Zuständigkeitsordnung beteiligt worden ist  
3918/2012

12.2 *Wird als TOP 4.11 im Öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.*

### **13 Schriftliche Anfragen**

### **14 Mündliche Anfragen**

### **15 Anträge**

### **16 Allgemeine Vorlagen**

16.1 Wahl von Schiedspersonen  
3851/2012

16.2 Wahl von Schiedspersonen  
3848/2012

16.3 Wahl von Schiedspersonen  
3852/2012

16.4 Wahl von Schiedspersonen  
3853/2012

16.5 Prüfbericht Bearbeitung von Meldungen im Bereich fehlender Versicherungsschutz, Fahrzeugmängel und nicht gezahlter Steuern durch 322/2 - Kfz-Zulassungsstelle  
3604/2012

16.6 Abschluss eines zweijährigen Rahmenvertrages über die Lieferung von Patchkabeln für Verwaltung, Schulen, Kitas, etc.  
3192/2012

16.7 Einleitung eines Vergabeverfahrens (Bühnen der Stadt Köln)  
4247/2012

16.8 Erhebung einer Schadensersatzklage  
4274/2012



- 16.9 Erneuerung des Microsoft APA/EAP-Software-Vertrages zur weiteren Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie  
3700/2012
- 16.10 DOI-Verwaltungsnetzwerk Verlängerung des Beitrittes zum Rahmenvertrag  
3910/2012
- 16.11 Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln am 03.03.2009; Erweiterung der selbständigen Beweisverfahren zur Schadensursache und zur Schadenshöhe auf weitere potentielle Verursacher des Archiveinsturzes  
4371/2012

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **1.1 Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Frauenförderpläne (FFP) in städtischen und stadtnahen Gesellschaften (AN/1534/2012) 3806/2012**

Auf Anregung von Frau Manderla, dem Ausschuss regelmäßig im Abstand von ca. einem Jahr eine Mitteilung zu den Fortschritten und Umsetzungen im Bereich Maßnahmen zur Frauenförderung in den städtischen und stadtnahen Gesellschaften vorzulegen, sichert Herr Kahlen die Weiterleitung der Anfrage zu. Er bittet jedoch zu beachten, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten der Stadtverwaltung im Gegensatz zu denen der Mitglieder der einzelnen Aufsichtsräte hier nur eingeschränkt vorhanden seien.

Herr Detjen merkt an, es sei zu überlegen, ob und inwiefern diese oder ähnliche Anliegen des Ausschusses nicht in Zukunft direkt an die Aufsichtsräte herangetragen werden.

#### **1.2 Jährlicher Bericht über die Umsetzung des 4. Frauenförderplanes (FFP) 4284/2012**

Frau von Bülow bedankt sich für die Vorlage des Berichtes und spricht ihr Lob für die erzielten Fortschritte aus. Hinsichtlich der verbleibenden Zielvorgaben bittet sie noch um ergänzende Mitteilung, welche Maßnahmen das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern hier plane, auch diese Ziele noch zu erreichen.

Auf ergänzende Nachfrage von Herrn Granitzka teilt Frau Kronenberg mit, die Kennzahlen des Berichtes seien auch für sie nicht zufriedenstellend. So habe man mit dem Frauenförderplan zahlreiche Maßnahmen und Ziele entwickelt, deren Umsetzung in erster Linie in der Verantwortung des Oberbürgermeisters sowie der einzelnen Führungskräfte liege. Sie fügt hinzu, gerade im Managementbereich seien noch nicht alle Ziele erreicht worden und ergänzt, durch die hier in den nächsten Jahren zahlreich frei werdenden Stellen ergäben sich neue Chancen für die Mitarbeiterinnen.

Frau Kronenberg sagt eine Auflistung der entwickelten Maßnahmen sowie die Mitteilung über den aktuellen Sachstand der entsprechenden Umsetzung als Anlage zur Niederschrift zu (Anlage 1).

## **2 Internationales**

### **2.1 Absichtserklärung zum EU-Projekt "Daguerreobase" 4345/2012**

Herr Granitzka schlägt vor, die Behandlung der Mitteilung aufgrund der kurzfristigen Vorlage zu vertagen.

Der Ausschuss ist einverstanden.

## **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

### **3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.10.2012 Schutz der städtischen Bediensteten vor Übergriffen 3694/2012**

Herr Marx bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und bittet um ergänzende Mitteilung, inwiefern die körperlichen Übergriffe in der Vergangenheit zugenommen haben bzw. ob eine Verstärkung des Aggressionspotentials zu erkennen sei.

Herr Kahlen sagt dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung zu.

### **3.2 Beantwortung der Anfrage von Herrn Detjen aus der Sitzung des AVR vom 10.09.2012 zu TOP 7.2 Datenhandel der Stadt Köln 4160/2012**

Herrn Detjen bittet um Mitteilung, aus welchem Bereich die Anfragen zu Gruppenauskünften stammen.

Frau Koppmann sieht insbesondere die Regelungen zu § 34 I MG NW kritisch, da hier zur "einfachen Meldeauskunft" kein begründetes Interesse des Anfragenden vorgetragen werden müsse. So könnte z.B. in Fällen des sogenannten "Stalkings" alleine über die Anfrage per E-Mail Daten über eine Privatperson in Erfahrung gebracht werden. Zwar bestehe die Möglichkeit, die Einrichtung einer Auskunftssperre schriftlich zu beantragen, jedoch müssten hierfür besondere Gründe, wie die Gefahr für Leib und Leben, glaubhaft vorgetragen werden. Sie kritisiert, dass auf diese Möglichkeit auf der Internetseite der Stadt Köln nicht aufmerksam gemacht werde und regt an, dies zu verbessern sowie die Bürger ggfs. bereits bei der Ummeldung darauf hinzuweisen.

Frau Koppmann bittet die Verwaltung, ihre im Rahmen der Verbandsarbeit auf Bundesebene bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, um hier verbesserte Verwaltungsvorschriften herbeizuführen, die einen restriktiveren Umgang mit den persönlichen Daten von Privatpersonen ermöglichen.

Herr Kahlen sichert dem Ausschuss die Vorlage einer zusammenfassenden Beantwortung zu.

### **3.3 Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch den Verzicht auf die Ausbildung in marktgängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten 3188/2012 4352/2012**

Herr Detjen begrüßt, dass die Verwaltung an der Ausbildungsquote von 6% festhalten möchte und eine vollständige Erreichung dieser weiterhin anstrebe.

Er merkt an, der Bereich der marktgängigen Berufe unterliege deutlichen Schwankungen. So habe man hier aufgrund einer absehbaren Veränderung des Berufsbildes im Jahr 2011 weniger Bauzeichner ausgebildet. Da diese Veränderung nun letztendlich doch nicht eingetreten sei, müsse dies wiederum Auswirkungen auf die Anzahl der Ausbildungsplätze in diesem Bereich haben.

Herr Detjen fügt hinzu, die Ausbildungsplätze im Jahr 2011 auf insgesamt dreißig Plätze im Bereich „Verwaltung“ zu senken, sei ein Fehler gewesen und bittet ergänzend um Mitteilung, ob die zehn im Ausbildungsbereich der Verwaltung angegebenen Planstellen auch vollständig besetzt seien.

Herr Kahlen sichert dem Ausschuss die Vorlage einer schriftlichen Stellungnahme zu.

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

##### **4.1 Örtlicher Ausschuss "Sport und Sicherheit" in Köln 3786/2012**

Frau dos Santos Herrmann lobt, dass die dem Ausschuss angehörenden Institutionen, wie die Stadtverwaltung und die Polizei, in dieser gesellschaftlich wichtigen Frage so schnell zur Gründung des Ausschusses zusammengefunden haben und fragt, ob aufgrund der aktuellen Entwicklungen auch die Einrichtung eines ähnlichen Gremiums für den nicht-professionellen Sport Thema sei.

Herr Kahlen berichtet, die bereits stattgefundenen Spiele der Saison 2012/2013 seien sowohl beim 1. FC Köln, als auch bei der Viktoria und Fortuna Köln unproblematisch verlaufen und ergänzt, bei entsprechendem Anlass würde dies jedoch noch diskutiert werden.

Herr Breite bedankt sich für die Anmerkung von Frau dos Santos Herrmann und fügt hinzu, der Ausschuss sei nur für den Bereich des Profisports gebildet. Die Einrichtung eines weiteren Gremiums sei letztendlich auch eine Frage der Finanzierung und regt an, diese Thematik ggfs. im Sportausschuss erneut aufzugreifen. Er ergänzt, die Zusammensetzung müsse hier jedoch eine andere sein, da z.B. auch Elternvertreter einbezogen werden sollten.

Herr Richter begrüßt ebenfalls die Einrichtung des Ausschusses und merkt an, in letzter Zeit seien im Bereich des Profisports, insbesondere auch beim 1. FC Köln durch den neuen Vorstand, erhebliche Verbesserungen im Bereich des Profisports zu erkennen und bittet abschließend um Beantwortung, ob es sich bei dem Ausschuss um einen ständigen Ausschuss handele.

Herr Kahlen berichtet, der Ausschuss "Sport und Sicherheit" sei Teil des Gesamtkonzeptes, das zur Verbesserung der Sicherheit im Bereich der professionellen Sportveranstaltungen entwickelt wurde und sei als dauerhaft eingerichtetes Gremium gedacht. Ziel sei es, weiterhin Entwicklungen und Defizite in diesem Bereich zu beobachten und an Lösungsmöglichkeiten auch hinsichtlich des bedeutenden Aspektes "Sichere Infrastruktur" zu arbeiten.

##### **4.2 Optimierung der Öffnungszeiten des Kundenzentrums Innenstadt und der Servicezentren 3059/2012**

Frau dos Santos Herrmann bittet um Erläuterung, auf welcher Grundlage das vorgestellte Öffnungszeitenmodell basiere bzw. auf welche Daten hier zurückgegriffen wurde und regt an,

ggfs. eine flexiblere Ausgestaltung der Öffnungszeiten unter Beibehaltung der Gesamtstunden zu prüfen.

Herr Fleischer erklärt, die bisher stadtweit unterschiedlich geregelten Öffnungszeitenmodelle haben nicht zuletzt auch aufgrund der erschwerten Darstellung im Internet eine sehr unbefriedigende und unübersichtliche Situation für die Bürger dargestellt. In den Stadtteilen Innenstadt und Nippes waren die normalen Öffnungszeiten und die Terminvergaben zudem getrennt voneinander geregelt, so dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort kaum genügend Zeit verblieb, ihren üblichen Arbeiten, wie der Postbearbeitung oder der Pflege der Datenbank MESO, nachkommen zu können. Das neue Modell, das insbesondere auch auf Wunsch und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kollegen und Kolleginnen entwickelt wurde, sehe hier keine Trennung mehr vor. Er betont, Terminvergaben seinen selbstverständlich weiterhin über die Verteilung von gesonderten Wartemarken zu den allgemeinen Öffnungszeiten möglich. Aufgrund der Begrenzung der Zeiten mit Publikumsverkehr seien die Personalressourcen nun besser einzusetzen, so dass dem Bürger und der Bürgerin zu den Öffnungszeiten mehr Personal zur Verfügung stehen könne, wodurch im Ergebnis eine deutliche Reduzierung der Wartezeiten bzw. ein verbesserter Bürgerservice gewährleistet werden soll. Die Vereinheitlichung der Modelle schaffe zudem mehr Transparenz für die Bürger und Bürgerinnen.

Frau Manderla regt die Vorlage eines Erfahrungsberichtes nach Ablauf eines Jahres an.

Herr Wolter greift Frau dos Santos Herrmanns Anregung auf und teilt mit, dass er hinsichtlich der Öffnungszeiten für ein flexibleres und seiner Meinung nach somit bürgerfreundlicheres Modell plädiere. So müssten auch der frühe Morgen und der späte Nachmittag, ggfs. unter Einrichtung größerer Pausen, abgedeckt werden.

Auf Vorschlag von Herrn Wolter sichert Herr Kahlen zu, die Thematik auf die Tagesordnung zur nächsten Sitzung des Unterausschusses Allgemeine Verwaltungsorganisation zu setzen und dort zur Diskussion zu stellen. Er ergänzt, mit der Möglichkeit der Terminvereinbarung über die Bürgerhotline 115 sowie jederzeit online über die Homepage der Stadt Köln werde eine verbesserte Kundenorientierung erreicht.

Herr Kahlen bittet zudem um Beachtung, die Ausdehnung bzw. vorgeschlagene flexiblere Gestaltung der Öffnungszeiten setze die Bereitschaft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen voraus, halbtags bzw. auch ab spätem Nachmittag Dienste zu übernehmen. Längere Pausenzeiten über die Mittagsstunden bzw. Dienste im Bereich des späten Abends ausreichend personell abzudecken, gestalte sich erfahrungsgemäß als sehr schwierig. Herr Kahlen fügt abschließend hinzu, in den vorgestellten Optimierungen sehe er eine gesteigerte Bürgerorientierung der Verwaltung. Er bedankt sich für die Anregung von Frau Manderla und sichert dem Ausschuss die Vorlage eines Erfahrungsberichtes nach Ablauf eines Jahres zu.

#### **4.3 Sachstand der Bewerbung um die Top-Level-Domains .koeln und .cologne 3843/2012**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **4.4 StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum hier: Abschlussbericht zum Feldversuch 3971/2012**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **4.5 Brüsseler Platz - Jahresbilanz 2012 4342/2012**

Herr Schiele merkt an, dass trotz einer erreichten deutlichen Reduzierung des Lärmpegels zur Mitternacht die Lärmbelästigung nicht vollständig beseitigt werden konnte und regt an, hier striktere Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Kahlen widerspricht Herrn Schieles Einschätzung und betont, die intensiven Maßnahmen hätten zu einer deutlichen Verbesserung der Situation rund um den Brüsseler Platz geführt. So seien Kolleginnen und Kollegen des Ordnungsamtes an den betreffenden Tagen regelmäßig vor Ort im Einsatz gewesen und haben insbesondere durch offene Gespräche mit den Besuchern des Brüsseler Platzes zu einem besseren Verständnis für die dortigen Anwohner und einem veränderten Verhalten führen können. Auf Podiumsdiskussionen wurde dieser Eindruck durch die Aussagen der Anwohner, dass eine deutliche Verbesserung der Situation eingetreten sei, noch bestärkt.

Insbesondere die Beschränkung des Alkoholverkaufes über eine Verhängung der Sperrzeitverlängerung auf 23.30 Uhr für einen unmittelbar am Brüsseler Platz gelegenen Kiosk habe zu einem verringerten Aufenthalt der Besucher und somit zu einer merkbaren Entspannung der Situation in der Phase ab Mitternacht beigetragen.

Herr Kahlen ergänzt, durch die vorgeschlagene Änderung des Ladenöffnungsgesetzes auf Landesebene würden für den Rat hier ggfs. weitere Möglichkeiten geschaffen, eigenständige Lösungen in kommunaler Verantwortung zu entwickeln.

Herr Wolter merkt an, nicht nur die Vorlage verdeutliche, wie sehr sich die Stadt und insbesondere das Ordnungsamt hier engagiert und persönlich bemüht habe. Auch die letztendlich umgesetzte Erweiterung der Außengastronomie habe im Ergebnis zu einer erfreulich deutlichen Verbesserung beitragen können.

Man könne erkennen, dass die Belastung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen enorm sei und die Stadt an die Grenzen des Leistbaren stoße. Das Ergebnis unterstreiche zudem, dass die Stadt hier auf dem richtigen Weg sei. Herr Wolter betont abschließend, die Ergreifung anderer bzw. massiverer Maßnahmen sei weder angezeigt noch angebracht.

#### **4.6 Kölner Statistische Nachrichten 4/2012 "Zum Sicherheitsempfinden der Kölner Bevölkerung" 4299/2012**

Auf Rückfrage von Frau Manderla informiert Herr Romotzky, es lägen keine aktuellen Daten seit Durchführung der Umfrage vor und ergänzt, die Ergebnisse ließen Rückschlüsse auf einen Zusammenhang zwischen einem An- bzw. Abstieg von Delikten und einer parallel an- bzw. absteigenden Furcht vor Kriminalität in der Stadt zu.

Frau dos Santos Herrmann bedauert, dass die ausgewerteten Daten dem Ausschuss erst jetzt vorgelegt worden seien und merkt an, nach den vorliegenden Erkenntnissen sei hier eine weitere Beobachtung angebracht. In diesem Zusammenhang regt sie die Einberufung einer Fachtagung an, auf der Fachleute der Stadt und der Polizei Köln die aktuellen Entwicklungen besprechen und über die die Verwaltung ihr lobenswertes Engagement in diesem Bereich nach außen kommunizieren könnte.

#### **4.7 Auftaktveranstaltung des Kölner Netzwerks der Daseinsvorsorge " Die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge in der Metropolregion Köln", 18. Januar 2013 4381/2012**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Granitzka lobt die Gründung des Netzwerkes und lädt die Ausschussmitglieder herzlich ein, am 18.01.2013 an der öffentlichen Auftaktveranstaltung im Historischen Rathaus zu Köln teilzunehmen. Er ergänzt, diese in Deutschland bisher einmalige Veranstaltung habe auf einer europapolitischen Tagung des Landes NRW, auf der er die Stadt Köln vertreten durfte, große Zustimmung gefunden.

**4.8 Personalstatistik der Stadtverwaltung zum 30.06.2012  
2875/2012**

Die Mitteilung lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4.9 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011  
4282/2012**

Herr Granitzka schlägt vor, die Kenntnisnahme der Mitteilung aufgrund der verspäteten Vorlage zu vertagen. Der Ausschuss ist einverstanden.

**4.10 Personelle Ressourcen stärken - DiversityManagement für die Stadt Köln  
4487/2012**

Herr Granitzka schlägt vor, die Kenntnisnahme der Mitteilung aufgrund der verspäteten Vorlage zu vertagen. Der Ausschuss ist einverstanden.

**4.11 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2011  
2505/2012**

Herr Granitzka merkt an, aus der Vorlage sei ein deutlicher und zudem begründeter Rückgang an geleisteten Überstunden zu erkennen.

Frau von Bülow fragt angesichts der dauerhaft hohen Anzahl an geleisteten Überstunden im Bereich der Schulhausmeister/-innen und Schulsekretäre/-innen an, welche Maßnahmen hieraus erfolgen bzw. seitens der Verwaltung geplant seien.

Herr Kahlen teilt mit, mit Hilfe der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werde derzeit nach internen Lösungsmöglichkeiten gesucht, über die der Ausschuss nach abgeschlossener Ausarbeitung informiert werde.

Auf weitere Rückfrage von Frau Möller, inwiefern die zu Privatveranstaltungen gebuchten Dienste der Hausmeister/-innen refinanziert seien, sichert Herr Kahlen dem Ausschuss hier die Vorlage einer Mitteilung zu und bittet um Beachtung, dass den Haustechnikerinnen und -technikern im Sinne der Gefahrenabwehr eine besondere und wichtige Funktion zufiele.

Herr Wolter regt abschließend an, zur besseren Vergleichbarkeit im nächsten Bericht auch die Kennzahlen des Vorjahres einzufügen.

## **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

## **6 Schriftliche Anfragen**

### **6.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 28.11.2012 Entwicklung der Mobilfunkkosten AN/1887/2012**

Die Anfrage lag zur Sitzung vor; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **7 Mündliche Anfragen**

### **7.1 Nachfrage von Frau dos Santos Herrmann zu der Aufstellung von Altkleidercontainern durch die AWB**

Frau dos Santos Herrmann greift die aktuellen Diskussionen rund um die mögliche Aufstellung von Altkleidercontainern durch die AWB auf und bittet um Beantwortung der Frage, wie das derzeit angedachte Konzept für eine kommunale Altkleidersammlung unter der Federführung der AWB aussehe und inwiefern Erfahrungen anderer Kommunen in die Konzepterstellung einfließen.

Sie fragt zudem, wie sich eine Altkleidersammlung mit einer hohen Verwertungsqualität auf hohem ökologischen Standard und ökonomischer Nachhaltigkeit hinsichtlich der Stabilisierung der Abfallgebühren erreichen lasse.

Außerdem bittet sie um Beantwortung, wie die gemeinnützigen Sammlungen sozialer Träger in das Konzept eingebunden seien und inwieweit es im Falle der Aufstellung von Altkleidercontainern durch die AWB dann keine weiteren Container geben werde bzw. diese geduldet werden müssten.

Außerdem bittet sie um Erläuterung, welche Überlegungen es hinsichtlich der Aufstellung von Containern zur Standortauswahl und -anzahl gebe und wie die Stadt bzw. die AWB den Ansprüchen an Ordnung und Sauberkeit des Stadtbildes gleichzeitig Rechnung tragen möchte.

Abschließend bittet Frau dos Santos Herrmann um Information, wie die Möglichkeiten zur Einführung eines Holsystems gesehen werden bzw. welche Kosten mit dieser Lösungsalternative verbunden wären und fragt, welche zeitlichen Abläufe angedacht seien.

Herr Kahlen bestätigt die derzeitigen Überlegungen zu diesem Thema und kündigt hierzu eine Vorlage der Verwaltung an, die unter anderem diese Fragestellungen aufgreife.

### **7.2 Rückfrage von Herrn Detjen zur "Papierlosen Ratssitzung"**

Auf Nachfrage von Herrn Detjen bestätigt Herr Mohr, im Zuge der Einsparmaßnahmen werde die IT-unterstützte Bereitstellung von Sitzungsunterlagen von der Verwaltung geprüft und ergänzt, diesbezüglich werde voraussichtlich schon im Januar 2013 eine entsprechende Vorlage dem Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechniken zur Vorberatung vorgelegt werden. Er führt aus, bisher sei dieses Modell nur in kleineren bzw. mittleren Städten durchgeführt worden. Ziel sei es daher, in Köln zunächst zwei Pilotprojekte in einer Bezirksvertretung und einem Ausschuss bzw. Unterausschuss durchzuführen.

Herr Mohr fügt abschließend hinzu, die Ratsprotokolle der Jahre 2010 und 2011 würden derzeit gebunden; in Zukunft werde man aber auch hier Alternativlösungen finden müssen.

**8 Anträge**

**9 Platzvergaben**

**9.1 Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2013  
4013/2012**

Herr Wolter weist darauf hin, dass mit der geplanten Veranstaltung zum Thema Organspende auf dem Roncalliplatz gegen das ursprünglich verabschiedete Platzvergabekonzept verstoßen werde, wonach Veranstaltungen zum Thema "Gesundheit" auf den Plätzen Neumarkt und Rudolfplatz stattfinden sollten und bittet die Verwaltung, in Zukunft hierauf zu achten.

Auf Nachfrage von Frau Möller teilt Herr Kilp mit, der Antrag der Synagogengemeinde zur Durchführung des "Israeltages" auf dem Rudolfplatz habe bei Erstellung der Vorlage noch nicht vorgelegen. Nach derzeitigem Kenntnisstand werde diese Veranstaltung aber Teil einer Vorlage sein, die dem Ausschuss voraussichtlich zur seiner nächsten regulären Sitzung vorgelegt werde.

Herr Breite bedauert, dass mit Beschluss über die Vorlage der begrenzte Veranstaltungskontingent 2013 für die Plätze Heumarkt und Alter Markt bereits zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschöpft sei und fügt hinzu, städtische Unternehmen, wie die GAG, könnten auch auf andere Plätze ausweichen und so noch Raum für Innovationen lassen.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung  
- der Jubiläumsveranstaltung des SKM (23.05. – 24.05.2013)
2. den zentralen Innenstadtplatz Heumarkt für die Durchführung  
- des Jubiläumsfestes der GAG (14.06. – 17.06.2013)
3. die zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung  
- des Tages der Organspende (31.05. – 01.06.2013)

den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10 Allgemeine Vorlagen**

**10.1 Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an der Eichendorff-Realschule, Dechenstraße 1, 50825 Köln (Neuehrenfeld)  
hier: Änderungsbeschluss zum Ratsbeschluss vom 20.12.2011  
2952/2012**





Vgr. S11 zur Verfügung gestellt. €	54.500	
Teilergebnisplan 0701, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 11 (Personalaufwendungen)		
Sachkostenpauschale Aufnehmendes Suchtclearing	12.800 €	
2 Stellen werden für die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen bei der Drogenhilfe Köln gGmbH und dem Sozialdienst Katholischer Männer e.V. gefördert. 121.100 €		
Teilergebnisplan 0701, Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen)		
• Darüber hinaus erhält die Brücke e.V. Zuschussmittel für eine weitere Stelle. 51.300 €		
Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen)		
• Mitternachtssport Für gewaltpräventive Sportangebote erhält der Stadtsportbund e.V. und die Sportjugend Köln Projektmittel in Höhe von		79.200 €
Teilergebnisplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen)		
<b>Gesamt:</b>	<b>729.800 €</b>	

Die Finanzierung der vorgenannten Maßnahmen erfolgt bezüglich der notwendigen Zuschuss- und Projektmittel aus bereits zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln der Teilergebnispläne 0604, Kinder- und Jugendarbeit, 0701, Gesundheitsdienste und 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten. Die mittelfristige Finanzplanung im Rahmen des Hpl-Entwurfs 2012 sieht für die Jahre 2013-2015 entsprechende Ansätze bereits vor. Die zur Umsetzung erforderlichen Stellen werden jährlich im Zuge des Stellenplans berücksichtigt.

Die Finanzierung der Schulsozialarbeit ist bis zum 31.12.2013 über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sichergestellt. Eine Beschlussfassung über die Weiterverlängerung der Schulsozialarbeit wird nach Auslaufen der Refinanzierung über eine gesonderte Vorlage zum Haushaltsjahr 2014 getroffen. Daher wird aktuell ausschließlich eine Befristungsverlängerung der vier Stellen Schulsozialarbeit bis zum 31.12.2013 (Ende der Refinanzierung) beantragt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

#### **10.3 Baubeschluss für die Sanierung des Offenbachplatzes im Rahmen des Projektes Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz und Baubeschluss für die Umgestaltung der umliegenden Straßen 0321/2012**

Frau dos Santos Herrmann meldet intensiveren Beratungsbedarf zur Vorlage an und schlägt vor, die Behandlung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Herr Granitzka greift den Vorschlag auf und bittet um Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10.4 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013- 31.12.2014  
3223/2012**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2013 bis 31.12.2014. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der beteiligten Kreise und der Stadt Köln.

Die entsprechenden Aufwendungen sind in den Teilplanzeilen 11, 13 und 16, die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 und 6 des Teilergebnisplanes 1501 - Wirtschaft und Tourismus - des Doppelhaushaltes 2013/2014 berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10.5 IV-Verfahren zur Beitragssachbearbeitung  
3991/2012**

**Beschluss:**

Der Ausschuss stellt den Bedarf fest und ermächtigt - vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2013/2014 ff - die Verwaltung, das Ausschreibungsverfahren durchzuführen.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10.6 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln  
3732/2012**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln in der in Anlage 2 beigefügten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich, gegen die Stimme der FDP, **zugestimmt**

**10.6.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -)  
4218/2012**

**Beschluss:**

1. Der Rat nimmt die zur Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) erstellte Gebührenberechnung zustimmend zur Kenntnis (Anlagen 4 – 6).
2. Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich**, gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Pro Köln, **zugestimmt**

**10.7 Neues Übergangssystem Schule - Beruf / Kommunale Koordinierung  
4179/2012**

Herr Wolter äußert bereits vorab seine Zustimmung zur Vorlage und merkt an, insbesondere die Finanzierung der ausgewiesenen Stellen sei jedoch nur schwer zu ersehen. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag um einige zum Teil auch in der Begründung der Vorlage erwähnten Punkte, wie die haushaltsneutrale Einrichtung der Stellen, zu ergänzen. Außerdem schlägt er die Befristung der mit Landesmitteln finanzierten Stellen entsprechend der Finanzierung sowie die Vorlage einer ergänzenden Mitteilung für die Fachausschüsse vor, die auf die nähere Bezeichnung der zusammengelegten Bereiche sowie die Frage, welche strukturellen Verbesserungen durch die Kommunale Koordinierung erreicht werden sollen, eingehe.

Frau Manderla bedankt sich für die Vorschläge, bedauert jedoch, dass der Ausschuss über diese nicht eher in Kenntnis gesetzt wurde.

Auf Rückfrage von Frau Manderla bittet Herr Kahlen, die Behandlung der Vorlage zur Sicherstellung der Finanzierung auf der Landesseite nicht zu vertagen.

Herr Granitzka schlägt vor, die Behandlung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und bittet den Ausschuss um Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10.8 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von  
Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -)  
3999/2012**

Herr Klemm äußert sein Unverständnis dahingehend, dass Vorlagen zu Satzungen dem Ausschuss erst verfristet zur Entscheidung vorgelegt werden, so dass den Ausschussmitgliedern keine bzw. kaum Zeit gelassen werde, diese in ihren Fraktionen zu beraten.

Herr Granitzka schließt sich der Anmerkung an und schlägt vor, die Beratung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Der Ausschuss ist einverstanden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10.9 3. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten  
3778/2012**

Auf Rückfrage von Herrn Hess teilt Herr Dahmen mit, in dem betroffenen Zeitraum handele es sich um insgesamt ca. acht Fälle, in denen nun rückwirkend neue Steuerbescheide zu erlassen seien. Die sich hieraus ergebenden Zahlungen seien bereits geleistet worden.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die

3. Satzung zur Änderung der Rückwirkenden Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln vom 16.12.2005 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung (Anlage 1).

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig**, bei Enthaltung der FDP-Fraktion, **zugestimmt**

Hinweis: Herr Dr. Klein hat an der Beratung zur Vorlage nicht teilgenommen.

**10.10 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 23. September 2010  
4301/2012**

Frau Manderla kritisiert, aufgrund der verfristeten Vorlage sei dem Ausschuss nicht ausreichend Möglichkeit zur Kenntnisnahme geboten worden.

Herr Granitzka schlägt vor, die Beratung der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Der Ausschuss ist einverstanden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

gez. Granitzka  
Vorsitzender

gez. Stiens  
Schriftführerin